

PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, 10.02.2016

Bebauungsdeal der Hummelsbütteler Feldmark zwischen Hamburger Senat und Investor schon in trockenen Tüchern? – welche Rolle spielt hierbei der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Andreas Dressel

Über die sozialen Medien verbreitet sich zurzeit das Gerücht, dass in Kürze das Landschaftsschutzgebiet Hummelsbütteler Feldmark / Alstertal aufgehoben und zu Bauland deklariert wird. Das ist offenbar der rot-grüne Plan. Das Landschaftsschutzgebiet Volksdorf, ca. 13(!) km östlich entfernt, soll als Ausgleichsmaßnahme erweitert und zum Naturschutzgebiet erklärt werden.

Pikantes Detail: Es handelt sich um den Wahlkreis 13. Dem Wahlkreis von Dr. Andreas Dressel (SPD-Fraktionsvorsitzender Hamburger Bürgerschaft). Dressel, der bisher die 3x vorgestellten Varianten zur Bebauung der Hummelsbütteler Feldmark noch vor wenigen Tagen öffentlich als alternativlos deklariert hat, gerät somit mehr und mehr in die Kritik der Bürger/innen aus Langenhorn und Hummelsbüttel.

Hierzu erklärt Nizar Müller, Bezirksabgeordneter der CDU Hamburg-Nord:

„Wenn dieses Gerücht sich bewahrheitet wäre das ein Skandal und ein Zeichen von Klientelpolitik deluxe; oder anders ausgedrückt Wasser predigen und (Rot-)Wein trinken. Dies scheint aktuell ein beliebtes Mittel der SPD zu sein, um das Scholz'sche Wohnungsbauprogramm um jeden Preis durchzusetzen. Dass sogar der SPD in Hamburg die anhaltende Flüchtlingskrise hierfür recht ist, ist unverständlich und nicht akzeptabel.

Die geplanten Eingriffe werden das Landschaftsschutzgebiet, die Landschaftsachse und den Biotopeverbund stark beeinträchtigen. Das Gebiet erfüllt wichtige ökologische und stadtklimatische Funktionen. Dieses wird auch von verschiedenen Naturschutzverbänden bestätigt. Neben der SPD sollte dieses insbesondere dem Koalitionspartner Bündnis 90 / die Grünen bekannt sein. Oder waren es nicht die westlichen Umweltbewegungen der 80er-Jahre, die Folgendes gesagt haben:

Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann!

Hoffentlich sind die Menschen nicht vergesslich und geben den rot-grünen Mehrheitsfraktionen im Bezirk und auf Landesebene, im Fall der Fälle, einen Denkkzettel bei den kommenden Hamburg Wahlen für ihren Wortbruch, welcher sogar durch den Koalitionsvertrag und ein weiteres Mal noch im Klimaplan des Hamburger Senats im Dezember 2015 (siehe Drucksache 21/2521) schriftlich fixiert wurde.“

Für Rückfragen:

Nizar Müller, Mitglied im Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Alsterdorf-Groß Borstel
Telefon: 0163-231 43 22